
FDP Waldeck-Frankenberg

FREIE DEMOKRATEN FORDERN WENDE IN DER WOLFPOLITIK

24.07.2023

- **Schwarz-Grün lässt Landbevölkerung und Tierhalter im Stich**
- **Schlussstrich unter falsche Wolfspolitik erforderlich**
- **Wolf muss ins Jagdrecht aufgenommen werden**

Wiebke KNELL, jagd- und umweltpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat die Landesregierung vor dem Hintergrund weiter steigender Wolfssichtungen und Nutztierrisse zu einer „Wolfswende“ aufgefordert: „Schwarz-Grün muss endlich einen Schlussstrich unter viele Jahre falsche Wolfspolitik ziehen“, sagt Knell anlässlich der heutigen, von den Freien Demokraten auf die Tagesordnung gesetzten aktuellen Stunde im Landtag. „Die Landesregierung lässt Landbevölkerung und Weidetierhalter weiterhin im Stich“, stellt Knell fest. Sie fordert eine Aufnahme des Wolfs in das Jagdrecht und eine eigene Wolfsverordnung. „Dann können Problemwölfe, wenn man sie endlich als solche anerkennt, rechtssicher geschossen werden“, erklärt Knell. Sie erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass der Wolf schon seit mehr als zehn Jahren in Sachsen und mittlerweile auch in Niedersachsen dem Jagdrecht unterliegt und auch Schleswig-Holstein eine Aufnahme plant.

Knell fordert darüber hinaus eine Professionalisierung der Begutachtung von Proben gerissener Tiere und eine Beweislastumkehr bei Schadenersatzansprüchen zugunsten der Tierhalter. „Bislang gehen die meisten Tierhalter leer aus, weil es heißt, Hund oder Fuchs hätten das Tier gerissen oder eine Artbestimmung sei nicht möglich. Bei einem Fall in Waldeck-Frankenberg, wo sechs Schafe gerissen wurden, kommt das Ergebnis Hund bei der genetischen Analyse raus. Das ist kaum vorstellbar“, betont Knell. Sie kritisiert vor allem die CDU, die seit Jahren die romantisierende Wolfsschutzpolitik der Grünen mitträgt, die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger vor dem Wolf aber nun im Wahlkampf

für sich entdeckt habe. „Im Landtag hat die CDU seit Jahren nicht die Kraft, sich in umweltpolitischen Themen durchzusetzen, stellt aber nun in den Kreistagen Resolutionsanträge. Das ist nicht glaubwürdig, sondern ein Schlingerlkurs“, resümiert Knell.